

Breslauer



Zeitung.

N^o 242.

Montag den 1. September

1851.

Inhalt. Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Zur Tages-Chronik.) — (Ständisches.) — Danzig. (Desarmirung. Dowlat.) — Swinemünde. (Preussische Marine.) — (Düsseldorf.) (Der Prinz von Preußen. Die Gräfin Bocarmé. Der Redakteur der Kölnischen Zeitung. Der Oberpräsident.) — (Verurtheilung des Turn-Vereins.) — Trier. (Steckbriefliche Verfolgung.) — Andernach. (Ständische Wahlen.) — Deutschland. Frankfurt. (Bundesständisches.) (Das Schicksal der deutschen Flotte entschieden.) — München. (Ein Regierungs-Erlass.) — Stuttgart. (Die Einberufung der Beurlaubten.) — Oldenburg. (Das Ministerium betreffend.) — Hamburg. (Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.) — Oesterreich. Wien. (Aufhebung der Verfassung. Motive und Folgen.) — Italien. Rom. Ueber das Schicksal des Pseudo-Altieri.) — Spanien. Madrid. (Politische Intrigen.) — Frankreich. Paris. (Der Eponeer Prozeß. Die Generalräthe. Prozeß Lemulier.) — (Vermischtes.) — Großbritannien. London. (Der König von Hannover erwartet. Kossuth. Zustände Ruba's.) — Schweiz. Bern (Sitzung des Nationalrathes.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Promenade.) — (Militärisches.) — Landeshut. (Die Reise Sr. Majestät.) — Grottkau. (Unglücksfälle.) — Ohlau. (Schulwesen und Fabriken.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Düsseldorf. (Neue Erfindung.) — Mannigfaltiges.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 29. August, 4 1/4 Uhr Nachmittags. So eben treffen Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich hier ein.

Paris, 29. August, Nachmittags 5 Uhr. 3% 56, 40. 5% 94, 50. Cours vom 28ten: 3% 56, 30. 5% 94, 45.

Paris, 30. August. 5% 94. 3% 56, 40. (Berl. Bl.)

Parma, 26. August. Aus Anlaß des Geburtsfestes Ihrer königlichen Hoheit der Frau Herzogin wurden fünf politische Sträflinge gänzlich begnadigt und die Strafzeit von Zweien bedeutend abgekürzt.

Florenz, 26. August. Das Schutzrecht für toskanische Unterthanen ist dort, wo toskanische Konsulate nicht bestehen, auf großherzoglichen Befehl den sardinischen Konsulaten, welche dasselbe nach altem Gebrauche zu üben hatten, entzogen und den österreichischen Konsuln übertragen worden. — Der Injurienprozeß, welchen der Marchese Bartolomei gegen das Journal „Eco“ eingeleitet hat, ist auf den 5. September vertagt worden, weil der Redakteur dem Vernehmen nach bisher keinen Verteidiger hatte finden können.

Genua, 26. August. Während eines Tanzfestes entstand hier eine Rauferei, wobei zwei Lombarden schwer verwundet und einer davon getödtet wurde.

Lirin, 26. August. Ein königl. Dekret beruft die Provinzialräthe auf den 20. September und die Divisional- (Bezirks) Räte auf den 20. Oktober. Die auf öffentliche Kosten zur Industrie-Ausstellung nach London reisenden Arbeiter haben sich in Genua bereits dahin eingeschifft.

Preußen.

Berlin, 30. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Universitätsrath Lehner hier selbst, den bisherigen Kreisgerichtsrath Coqui und den bisherigen Obergerichts-Assessor Stachow zu Kammergerichts-Räthen zu ernennen.

Verliehen ist: dem Schwerdtförmig Johann Wilhelm Stamm zu Dorp in Anerkennung seiner rühmlichen Leistungen in seinem Gewerbe die von des Königs Majestät gestiftete Preismedaille für gewerbliche Leistungen in Silber.

[Militärwochenblatt.] Seyfried, Sec.-Lt. vom 38. Inf. Regt. von dem Kommando als Erziehler beim Kadettenkorps entbunden. — v. Brauchitsch, General der Kav. a. D., gestattet, das ihm verliehene Großkreuz des königl. hannoverschen Guelphen-Ordens zu tragen.

Berlin, 30. Aug. [Zur Tages-Chronik.] Die heute von den Zeitungen gebrachte, aus Wien datirte Nachricht, daß Württemberg in der Person des Freiherrn v. Berlichingen einen neuen Gesandten am hiesigen Hofe ernannt habe, scheint verfrüht zu sein; wenigstens scheint man hier in den betreffenden Kreisen von einer solchen Ernennung noch keine Kenntniß zu haben. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die bisher zwischen dem hiesigen und dem württembergischen Hofe obschwebenden Differenzen ihrer Ausgleichung nahe sind und es wurde angenommen, daß dies bei Gelegenheit der Reise des Königs in Tschl stattfinden werde. Ob dies geschehen, ist noch unbestimmt und bis zur Bestätigung dieser Annahme dürfte die erwähnte Ernennung wohl noch unterbleiben.

Es ist, wie wir bestimmt versichern können, an neue Bestimmungen oder an Wiederbelebung älterer über die Disziplin auf den deutschen Universitäten noch nicht gedacht worden. Was in neuerer Zeit von Verbindungswesen auf den Universitäten Deutschlands verlautete, war in der That theils vollkommen unschädlich, theils so ganz im Sinne der konservativsten politischen Ansichten, daß es zu einer Beschränkung oder strengen Ueberwachung des Geistes der Universitäten nicht den mindesten Anlaß hat geben können.

In der Provinz Posen hat die Mehrzahl der wegen der Einführung der neuen kirchlichen Gemeindeordnung einberufenen Synoden die Verlesung von Ansprachen zur Empfehlung der neuen kirchlichen Organisation von der Kanzel herab verweigert. Wie verlautet, hat der Oberkirchenrath dem Konfissorium die Entscheidung überlassen.

Nach dem Vorgange des Bureauchefs der ersten Kammer ist jetzt von dem der zweiten Kammer, Kanzleirath Bleich, eine „Uebersicht der legislatorischen Thätigkeit der preuß. zweiten Kammer in ihrer zweiten Sitzungsperiode vom 21. November 1850 bis 9. Mai 1851“ im Druck erschienen, die in zweckmäßiger Weise die Gegenstände der legislatorischen Thätigkeit der Kammer, die eingebrachten Gesetze und Vorlagen, die Berichte über dieselben, Verbesserungsanträge, die Plenar-Sitzung und die Redner, welche über die betreffende Materie gesprochen haben und endlich die Erledigung, welche der Gegenstand gefunden hat, bemerkt. Das Druckstück ist 22 Bogen in 4. stark.

Der ungemein thätige und tüchtige national-ökonomische Schriftsteller Otto Hübner bearbeitet gegenwärtig eine Sammlung aller Zolltarifs der Erde. Zu dieser ebenso schwierigen, wie umfangreichen Zusammenstellung sind dem Verfasser Seitens der preuß. und österreichischen Regierung die betreffenden Archive zu benützen gestattet. Das Werk wird in einiger Zeit in Leipzig erscheinen. (C. B.)

In mehreren Zeitungen wird die Mittheilung gemacht, daß der Landrath Albenhoven seine Entlassung erhalten habe, weil er an der Reaktivierung der Provinzial-Ländtage sich nicht habe betheiligen wollen. Wir erfahren aus guter Quelle, daß Hrn. Albenhoven nur kommissarisch die Stelle eines Landraths des Kreises Neuß anvertraut war, da derselbe durch die gewöhnlichen Examina seine Befähigung zu diesem Amte nicht nachgewiesen hatte. Wenn es demnach überhaupt fraglich war, ob Hrn. Albenhoven definitiv das Landrathsamt würde übertragen oder das Kommissorium für längere Zeit noch belassen werden, so trat die Nothwendigkeit einer sofortigen Zurücknahme des letzteren ein, als von ihm die Erklärung abgegeben wurde, bei dem Provinzial-Landtage als Abgeordneter nicht erscheinen zu wollen.

Heute ist hier der königlich dänische Kammerherr Graf Bille-Brabe mit einer Spezialmission angekommen, die, wie es scheint, sich auf die Resultate der Notabeln-Versammlung und die Thronfolge-Angelegenheit bezieht. (Preuß. Z.)

Se. königl. Hoheit der Prinz Karl wird am 17. t. M. von St. Petersburg kommend hier wieder eintreffen.

Der Ober-Präsident der Provinz Pommern, Hr. v. Bonin, der von Bad Liebenstein nach Stettin zurückgekehrt ist, befindet sich zwar noch sehr leidend, soll jedoch so weit hergestellt sein, um die Geschäfte der Provinz wieder übernehmen zu können.

Der General v. Wangel, der heute oder morgen von seiner Urlaubsreise wieder hier eintrifft, wird zunächst den Manövern der 6. Division (Treuenbriege) beiwohnen, dann die groß. Mecklenburg-Schwerinsche Division im Lustlager bei Schwerin besichtigen, darauf sich zu den Manövern der 5. Division nach Wittstock begeben und endlich noch dem Schluß der Manöver des Garde-Corps (25.) beiwohnen. (M. Pr. Z.)

[Ständisches.] Der am 1. September hier zu eröffnende Landtag der Mark Brandenburg besteht aus 36 standesherrlichen und ritterschaftlichen Abgeordneten, 23 Abgeordneten der Städte und 12 Abgeordneten des bauerlichen Standes. Die Zahl der standesherrlichen und ritterschaftlichen Abgeordneten übersteigt also die Zahl der städtischen und bauerlichen Abgeordneten zusammengenommen.

Der Graf Solms-Sonnenwalde, Erlaucht, ist zum Provinzial-Landtage, auf welchem derselbe eine Virilstimme führt, hier angekommen.

Danzig, 25. August. Das „Danziger Dampfboot“ widerspricht der aus der „A. H. Z.“ entnommenen Nachricht, daß gegen einen Gemeindeverordneten wegen seines Verhaltens bei den Wahlen zum Provinzial-Landtage die Untersuchung eingeleitet worden sei. — Der Befehl zur gänzlichen Desarmirung Danzigs ist jetzt eingetroffen. Die Pallisaden werden nunmehr wahrscheinlich abgerissen und die etwa vorhandenen Pulvervorräthe aus der Stadt gebracht werden. — Dowlat soll ein Begnadigungsgesuch eingereicht haben, das jedoch abschlägig beschieden worden ist. Seine Bitte um Versekung in die zweite Klasse der Strafgefangenen ist genehmigt und demnach seine Haft erleichtert worden.

Swinemünde, 22. August. Das Segel-Transportschiff der preussischen Kriegsmarine, der „Merkur“ von 500 Tonnen Tragfähigkeit, welches diesen Frühling von einer Uebungsreise nach Brasilien erst zurückkehrte, hat jetzt wieder Befehl erhalten, sich segelfertig zu machen und mit den Seefabotten am Bord eine Uebungsfahrt in das mittelländische Meer zu unternehmen. Der früher in dänischen und später in Schleswig-holsteinischen Diensten gestandene Kapitän Donner, der auch den „Merkur“ nach Brasilien kommandirte, wird auch jetzt wieder den Oberbefehl über denselben übernehmen. (D.-P.-A.-Z.)

Düsseldorf, 28. August. Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen wird, wie verlautet, sobald er von der Begleitung Sr. Majestät des Königs zurückgekehrt ist, zunächst eine größere Reise durch sein Militärgouvernement in Rheinland und Westfalen antreten. — Die Gräfin Lydie v. Bocarmé, die bekanntlich seit mehreren Wochen in Königswinter sich niedergelassen hat, ist einen Tag hier gewesen. — Heute Morgen verbreitete sich hier das Gerücht, der Hauptredakteur der „Kölnischen Zeitung“, Hr. Brüggemann, sei aus Köln polizeilich ausgewiesen. Es darf gegen dieses Gerücht einfach angeführt werden, daß derselbe, mit Angabe seines Domizils in Köln, auch die neueste Nummer der „Köln. Z.“ noch als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat. Ob aber nicht irgend ein Wechsel in der Redaktion noch bevorsteht, ist eine andere Frage. Einstweilen wenigstens zeichnet außer ihm bereits Herr Dr. Kruse „in Stellvertretung.“

*) Die Düsseldorf. Ztg. widerspricht obiger Angabe und erklärt die Vertretung durch eine Reise des Hrn. Brüggemann.

Der Ober-Präsident Herr v. Kleist-Rehnow traf gestern Abend um 8 Uhr hier ein, verfügte sich sofort in das Regierungsgebäude und setzte, nachdem er mit dem Präsidenten der Regierung und mehreren Räten des Regierungs-Kollegiums konferiert, noch vor Mitternacht seine Reise nach Wesel fort. Der Grund seiner Anwesenheit und seiner Weiterreise ist nicht bekannt. Schon morgen wird er indeß hier zurück erwartet. (Preuß. Ztg.)

Düsseldorf, 29. August. Eben vor Schluß des Blattes wurde das Urtheil in Sachen des hiesigen Turnvereins verkündet. Die 5 Mitglieder des Vorstandes sind, jedes zu 5 Rthl. eventuell zu 2 Tagen Gefängniß verurtheilt, und wurde die Schließung des Vereins angeordnet. Die Stellvertreter sind freigesprochen. (Düss. Z.)

Erzer, 27. August. Von Seiten unseres Untersuchungsrichters wird der Civil-Ingenieur Wilhelm Seethof strafbüßlich verfolgt, weil er beschuldigt wird, eine Schrift verfaßt zu haben, welche, „der Osterwed“ betitelt, die Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung enthalten soll. Der Beschuldigte soll nach England geflohen sein. (Kobl. Z.)

Andernach, 29. August. Von den landständischen Urwählern hiesiger Stadt, etwa 150 an der Zahl, hatten sich sechs zur Wahl von fünf Wahlmännern eingefunden; die Erschienenen vollzogen die Wahl, was aber insofern eine vergebliche Arbeit war, als die Gewählten die auf sie gefallene Wahl ausschlugen. (R. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27. August. [Bundestagliches.] Die Kompetenzfrage ist endlich in der letzten engern Rathssitzung angenommen worden, jedoch ist die Fassung des ursprünglich von Oesterreich und Preußen gestellten Antrages abgeändert worden. — Was von dem hiesigen Intelligenzblatt in verschiedene Blätter über die Einberufung der zwei Fünftel der Bundeskontingente übergegangen ist, verdient keinen Glauben. Das Bestreben des Bundestages geht ja offenbar dahin, die frühere Ordnung der Kontingente abzuändern. — Auch die Flottenangelegenheit ist in letzter Sitzung des engern Rathes insoweit abgemacht, daß 532,000 Fl. Kredit für die Bedürfnisse der deutschen Flotte bis zu Anfang 1852 bewilligt worden sind. (S. den folgenden Artikel.) — Hr. v. Rochow ist gestern abgereist und Hr. v. Bismarck an seine Stelle getreten. (D. A. Z.)

Die Bundesversammlung hat bekanntlich auch in Berathung gezogen, inwiefern die bestehende Gesetzgebung gegen etwaige den Bund oder die Bundesstaaten bedrohende Unternehmungen ausreiche. Wie man jetzt erfährt, soll diese Angelegenheit nunmehr dem Beschlusse nahe sein, man wird wahrscheinlich eine Interpretation der schon vorhandenen Bundesbeschlüsse für ausreichend erachten. — Der Bericht des Ausschusses, welchem die Bundesversammlung die auf die Presse bezüglichen Fragen zur Prüfung überwiesen, ist dem Vernehmen nach seit etwa einer Woche ausgearbeitet und vom Ausschusse genehmigt und dürfte nun wohl demnächst zur Vorlage in der Bundesversammlung gelangen. (M. C.)

Der vielbesprochene österreichisch-preussische Antrag wegen der Kompetenz des Bundes in Betreff der Wahrung der inneren Sicherheit Deutschlands durch eine Central-Polizei, ist, wie der „Köln. Ztg.“ von hier geschrieben wird, in der Sitzung der Bundesversammlung vom 23. d. Mts. per majora zum Beschluß erhoben worden, wenn gleich unter einigen vom Ausschusse angebrachten Modifikationen, die jedoch weniger die Sache, als die bloße Fassung betreffen sollen. Im Wesentlichen übereinstimmend lauten auch die Mittheilungen anderer Blätter. Auch wird von mehreren Seiten berichtet, der Antrag auf Aufhebung der Grundrechte sei in der Sitzung am 23. bereits angenommen worden. Nur einige Regierungen sollen geltend gemacht haben, daß bei jener Aufhebung in den Einzelstaaten der verfassungsmäßige Weg einzuhalten sei, doch sei der erhobene Widerspruch nur als ein geringer zu betrachten.

Der „Leipziger Ztg.“ schreibt man aus Frankfurt, 27. August: „Aus sicherer Quelle ist der hiesigen Diplomatie bekannt geworden, daß die französische Regierung in nächster Zeit ihre aktive Militärmacht bedeutend zu verstärken beabsichtige, um den drohenden Eventualitäten des Jahres 1852 vorbereitet entgegen zu gehen. Bis dahin dürfte auch wahrscheinlich die bereits so vielfach besprochene und eventuell beschlossene Aufstellung eines kleinen Bundes-Armee-Korps in der Umgegend unserer Stadt stattfinden.“

Die „Pr. Ztg.“ erhält aus Frankfurt, 27. August, nachstehende Mittheilung, auf deren Fassung wir noch besonders aufmerksam machen wollen: „Unsere Blätter bringen die Nachricht, der Bundestag habe sich bereits mit der Erneuerung und Interpretation der Bundesbeschlüsse vom 18. August 1836 beschäftigt. Die Frage ist, so viel uns bekannt, in der Bundesversammlung dem Beschlusse nahe. Es thut uns wohl, nun die beruhigende Versicherung zu haben, daß nach einer, dem Vernehmen nach in einer der jüngsten Sitzungen des Bundestags gehaltenen Besprechung, die Grundrechte des deutschen Volkes von den Einzelregierungen in kurzer Zeit abgeschafft werden dürften. — Es dürften Seitens der Bundesbehörde unserm Senate ernste Vorstellungen gemacht werden über die zunehmende Preßfreiheit in hiesiger Stadt, so wie über die im Theater stets vorkommenden Unziemlichkeiten gegen den Bund, wovon wir am jüngsten Sonntag ein eclatantes Beispiel hatten.“

Frankfurt a. M., 28. August. [Zur Flotte.] Einem Gerücht zufolge wäre das Schicksal der deutschen Kriegsmarine nunmehr entschieden. Die Schiffe und das übrige Material derselben werden von Preußen und Oesterreich zu gleichen Theilen übernommen und hören von Anfang nächstkünftigen Jahres an auf deutsches Bundes-Eigenthum zu sein, um zur unbeschränkten Verfügung dieser Großstaaten zu stehen. Um jedoch diejenigen Bundesstaaten zu entschädigen, die mittelst Einzahlung ihrer matricularmäßigen Beiträge zur Herstellung und zum Unterhalt der Flotte mitgewirkt, soll ihnen deren unschwer zu berechnender Betrag Seitens vorerwähnter Großmächte in der Art erstattet werden, daß diese einen Theil der von ihnen zur Beilegung der allgemeinen Bundeskosten an die bayerische Kasse zu zahlenden matricularmäßigen Beiträge an ihrer Statt übernehmen. Hannover soll es jedoch, mit Hinsicht auf seine Küstenlage an der Nordsee vorbehalten sein, an Stelle der fraglichen Schadloshaltung, einen ihrem Betrage an Werth entsprechenden Theil des Flotten-Materials als besonderes Eigenthum zu übernehmen. (M. Pr. Z.)

München, 28. August. [Ein Regierungserlaß] vom 21. August ertheilt den einzelnen Polizeibehörden in Franken die ernstliche Weisung, „das Treiben der deutsch-katholischen Wanderprediger, wo immer sie im Regierungsbezirke erscheinen sollten, der strengsten Beaufsichtigung zu unterstellen, und sobald sich der mindeste Grund zur Beanstandung vom Standpunkte der Fremdenpolizei ergeben sollte, sofort den bestehenden Vorschriften gemäß zu verfahren.“

Stuttgart, 28. August. [Die Einberufung der Beurlaubten.] Die Württembergische Zeitung tritt den durch die Einberufung eines Theils der Beurlaubten entstandenen Gerüchten mit der Bemerkung entgegen, daß der Grund der Einberufung, welche dem Vernehmen nach nur eine sechstägige Präsenz zur Folge haben werde, in den militärischen Feierlichkeiten bestehe, die zu Anfang des nächsten Monats in Folge der Uebergabe der neuen fliegenden Fahnen an die Infanterieregimenter stattfinden sollen. Man spricht, sagt das Blatt, von Bewirthung der Offiziere in dem neu erbauten Saale der Wilhelma. Ohne Zweifel wird das Militär zu treuer Hingebung an die neuen Fahnen ermahnt werden, und bei dieser Gelegenheit könnte es sich ereignen, daß man es im Interesse des unbedingt militärischen Gehorsams für angemessen erachtete, von der Verpflichtung auf die Verfassung Umgang zu nehmen.

Oldenburg, 28. Aug. Hinsichtlich des nunmehr vervollständigten Ministeriums ist noch mitzutheilen, daß dem Staatsrath v. Rössing (Justizdepartement) der Vorsitz übertragen ist. Welche Bedingung — worüber man im Publikum gespannt ist — Herr v. Berg bei seinem Wiedereintritt zugesichert erhalten haben soll, darüber verlautet noch nichts. (Wes. Z.)

Hamburg, 30. August. [Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.] Die Verhandlungen Betreffs der Auslieferung Holsteins an Dänemark haben neuerdings eine nicht erwartete Wendung genommen. In Folge dessen werden die Okkupationstruppen nunmehr an der Nordelbe ihre Winterquartiere beziehen. Es rechtfertigen sich dadurch — in dieser einen Beziehung mindestens — die in den kundigen Kreisen Kiels herrschende besonders gute Stimmung und die dort seit länger gehagten Hoffnungen und Erwartungen. Oesterreich seinerseits hatte Dänemark bereits die „vollständige Wiederherstellung der landesherrlichen Autorität“ in Holstein, die Uebergabe des Herzogthums, zugestanden. Oesterreich indeß hatte gewünscht — in der That natürlich im eigenen Interesse, dem Vorwande nach weil Dänemark nicht genügende Garantien dafür geben könnte, daß jene „Uebergabe“ nicht von Neuem zur dauernden Störung der Ruhe und des Friedens Anlaß geben würde — seine Truppen einstweilen im Norden zu belassen. Gestützt auf Preußen — das namentlich die österreichischen Truppen entfernt wissen will, und unter anderweitigen KonzeSSIONen an Oesterreich, insonderheit in Betreff der Kompetenz des Bundestages gegen die Verfassungen der deutschen Einzelstaaten, die entsprechende Forderung Dänemarks bei dem Fürsten Schwarzenberg befürwortete — gestützt zugleich auf das Verhältniß der beiden deutschen Großmächte zu dem Bundestage in der schleswig-holsteinischen Frage überhaupt, hatte Dänemark gegen jene österreichischen Vorschläge jede GegenkonzeSSION verweigert, und Fürst Schwarzenberg, um die Sache hinzuziehen und einstweilen die Truppen im Norden zu behalten, griff zu der natürlich nicht ernstlich gemeinten Ausflucht, Dänemark an die Bundesversammlung zu verweisen. Neuerdings nun ist unerwarteter Weise, wie aus Wien das erwähnte Schreiben berichtet, die Sache „zur Befriedigung sowohl Oesterreichs wie Dänemarks“ erledigt: die österreichischen Truppen werden wie bemerkt im Norden die Winterquartiere beziehen. In Kiel wird an eine baldige Veränderung der holsteinischen Verhältnisse nicht gedacht — doch bezieht sich dies nur auf die oberste Civilbehörde, die ja sehr wohl fortbestehen könnte, wenn auch bei der etwa erfolgenden „Uebergabe“ das Bundeskommissariat aufhört, und z. B. eine Art der Regierung wie in Schleswig durch einen „Sr. Majestät allein verantwortlichen Minister“ hergestellt würde. Der österreichische Gesandte in Kopenhagen ist auf einige Zeit nach Deutschland abgereist. „Middagsposten“ wiederholt das von ihr gebrachte Gerücht, Kammerherr v. Reek werde als Minister des Auswärtigen durch Herrn v. Bille ersetzt werden. (H. N.)

Oesterreich.

O. C. Wien, 30. August. [Die Aufhebung der Verfassung. — Motive und Folgen.] Ueber die Reise Sr. Maj. des Königs von Preußen vernimmt man Folgendes: Sr. Maj. reist am 30. von St. Johann in Tyrol nach Salzburg, allwo Allerhöchstderselbe sein Nachlager halten wird, und begibt sich am 31. nach Ischl. Der Aufenthalt in Ischl dürfte bis zum 3. d. M. dauern. Am 3. geht die Rückreise über Linz, Tabor und Jungbunzlau nach Erdmannsdorf in Preussisch-Schlesien.

Wie man vernimmt, war auf den Moment der Veröffentlichung der allerhöchsten Handschreiben vom 26. d. M. das bevorstehende Zusammentreffen Sr. Maj. mit dem Könige von Preußen nicht ganz ohne bestimmenden Einfluß geblieben. Die Frage wegen des Gesamteintritts Oesterreichs in den deutschen Bund ist durch den Systemwechsel wesentlich vereinfacht, da vorläufig Alles, was in Frankfurt a. M. beschlossen werden dürfte, im Verordnungswege allenthalben in der Monarchie verfügt werden kann. — Wie glaubwürdig versichert wird, hat der k. k. Gesandte zu Paris, Hr. v. Hübnner, während seiner hiesigen Anwesenheit die zuverlässigste Uebersetzung ausgesprochen, daß die Krisis im Jahre 1852 muthmaßlich ruhig vorbeigehen werde. Auch soll er des Präsidenten Wiedererwählung für wahrscheinlich halten. Dieses Votum war auch bezüglich der allerhöchsten Erlasse nicht ohne Einfluß.

Italien.

Rom, 20. August. [Der Pseudo-Altieri.] Ueber das Schicksal des unlängst in Deutschland aufgetretenen Pseudo-Altieri kann ich Ihnen heute Folgendes mittheilen. Der vorgebliche ehemalige Nuntius in Wien wurde nach vielen Wechselfällen endlich von österr. Polizei-Agenten ergriffen und der päpstl. Regierung ausgeliefert, nach Rom geschafft und in ein Gefängniß des San Officio gebracht. Obgleich die Prozedur noch ein gewisses Helldunkel läßt über seinen wahren Stand, so scheint die Wahl des Gefängnisses darauf hinzuweisen, daß er Priester war. Als die Franzosen den Palast der Inquisition besetzten, ließ ihn die päpstliche Regierung nach der kleinen Festung San Leo schaffen. Dort nahm ihn dasselbe Gefängniß auf, worin der bekannte Freund der Elise v. d. Recke, der glänzende Abenteurer Giuseppe Bassamo aus Palermo, d. h. Alessandro Cogliostro, seine Schwindelereien schwer abbüßte, und im Jahr 1796 starb. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, 21. August. [Politische Intriguen.] Seit einiger Zeit herrscht hier eine Hölle. Es ist ein wahres Glück, daß fast ein Drittel der Bevölkerung Madrid verlassen hat, um, wie dies nach alter Sitte alljährlich geschieht, die heißen Tage in Aranjuez und im Escorial zu verbringen. — In der Politik herrscht hier jetzt die tiefste Stille. Das Concordat mit Rom wird demnächst veröffentlicht werden. Die Opposition gegen dasselbe ist nur schwach und bloß in den Progressisten, den spanischen Demokraten, zu suchen. Diese Partei, welche an Zahl weniger bedeutend ist, hat einige tüchtige Köpfe als Führer. Der begabteste unter diesen ist der berühmte Schriftsteller

Don Patrizio de la Escosura. Das Volk freut sich über die Ausöhnung mit dem heiligen Stuhle. — Unsere junge Königin hat zwar die besten Absichten, den Frieden in ihrer Familie aufrecht zu erhalten; sie ist aber leider der Spielball ihrer ränkefüchtigen Mutter. Isabella selbst ist zu lebensfroh und vergnügungsfüchtig, um hier ernstlich durchzugreifen. Christine ist in diesem Augenblicke die wahre Herrscherin in Spanien. Seit einiger Zeit verkehren die Polacos (Anhänger des Generals Narvaez) bedeutend mit ihr. Es geschieht dies aus Trotz gegen Bravo Murillo. Dieser Premier-Minister hat nämlich auf das Ansuchen der Königin Mutter, die reichen Kupferminen von Rio Frio und die alte Münze zu Segovia (beides Nationalgüter) der Familie Munoz käuflich zu überlassen, nicht eingehen wollen. — Fräulein Munoz, Gräfin von Gracia, verweilt noch immer im Kloster der Descalzas Reales. Sie soll die Hoffnung nicht aufgegeben haben, noch als Hof-Küchenmeisterin im Prado zu stolzen. (K. Z.)

Aus Madrid meldet man vom 23. August: Nach Nachrichten aus Katalonien arbeitet dort die französische revolutionäre Partei sehr thätig, um einen Aufstand in dieser Provinz hervorzurufen. Die Reform des Zollwesens soll als Vorwand zum Ausbruch desselben dienen. Die katalonischen Behörden haben große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die dortigen geheimen Gesellschaften sollen 10,000 Mann, wohl organisiert, zu ihrer Verfügung haben und in eifrigem Briefwechsel mit dem europäischen Comité in London stehen. Die Karlisten scheinen eine revolutionäre Bewegung abwarten zu wollen, um ihre eigene Fahne wieder aufzupflanzen.

Frankreich.

*** Paris, 28. August. [Der Lyoner Prozeß. — Die Generalräthe. — Prozeß Lemulier. — Vermischtes.] Der Entschluß der Bertheidiger in dem Lyoner Prozeß war das Resultat einer gemeinschaftlichen Berathung derselben. Am Schlusse der Sitzung des 25. erklärte der Präsident dieselbe für aufgehoben; Michel (de Bourges) wollte noch das Wort nehmen. Der Präsident beharrte auf Aufhebung der Sitzung. Nach derselben fand eine erste Zusammenkunft der Bertheidiger und des von Paris als Zeugen angekommenen Herrn Cremieux statt, in welcher für den Abend eine Berathung über den gemeinsamen Rücktritt der Bertheidiger beschlossen wurde. Um halb zehn Uhr fand eine zweite Versammlung im Hotel de l'Europe statt. Die verschiedenen Ansichten, welche sofortiges Zurücktreten oder Abwarten einer noch schlagenderen Rechtsverletzung vertheidigten, führten zu kurzer, aber lebhafter Debatte. Die Erklärten erklärten, die Angeklagten allein hätten darüber zu entscheiden; dahin vereinigten sich auch die Andern. Am andern Morgen wurden die Angeklagten befragt und erklärten sich einstimmig für sofortigen Rücktritt.

In der Sitzung vom 27. haben die Angeklagten, wie wir gestern voraus sagten, den Beistand von Offizial-Anwälten abgelehnt. Der Regierungs-Kommissär beendete sein Requisition und die Sitzung ward aufgehoben, ohne daß die Debatten für geschlossen erklärt wurden. Jedenfalls wird das Erkenntniß heut ergehen, wenn die Angeklagten auf ihrer Weigerung beharren.

Die Abendblätter bringen heut die Liste von sechs General-Räthen, welche sich für die Revision erklärt haben. Im Ganzen sind acht revisionistische Voten bekannt, darunter jedoch nur zwei, welche sich speziell für die Prorogation entscheiden.

Die Kandidatur Foinville's gewinnt immer mehr Terrain.

Die in Betreff des Kriegsministers General Randon umlaufenden Gerüchte scheinen doch nicht ganz grundlos zu sein; indeß hätte diese Modifikation des Kabinetts keine politische Bedeutung.

Das Civiltribunal der Seine hat gestern in dem Prozesse Lemulier's gegen Forcade und Virmaitre sein Urtheil gesprochen. In Anbetracht, daß Lemulier vom Polizeipräsidenten vollkommene Genugthuung erhalten zu haben angiebt, wird von seinem Urtheile von der Klage Akt genommen. Was Forcade betrifft, wird, da er in seinem Journale keinen Namen gedruckt, denselben auch sonst nicht veröffentlicht, die Klage zurückgewiesen. Was Virmaitre betrifft, erklärt sich das Gericht, da Preßklagen ausschließlich vor die Assisen gehören, inkompetent. Was endlich Lemulier's Forderung, es möge der Forcade übersendete, beim Notar Berceon deponirte eigenhändige Bericht Cartiers vernichtet werden, anlangt, wird dieselbe zurückgewiesen, weil Lemulier nie Eigenthumsrecht auf dieses Dokument besaß. Lemulier endlich wird in sämtliche Kosten verurtheilt.

Der Gesandte der Pforte bei der Republik, Fürst Callimachi, richter wegen eines Artikels über Egypten ein Schreiben an den „Siecle“, worin er für das dem Sultan und Großvezier gespendete Lob dankt, für Abbas Pascha aber keine andere Stellung anerkennen will, als die 1840 Palmerston ihm zuerkannte: Ein Pascha, wie ein anderer mit Ausnahme der Erblichkeit. Er ist den Reichsgesetzen unterworfen, wie aus dem Vertrage vom 15. Juli 1840 erhellt. Widersetzlichkeit dagegen beraubt ihn der Vortheile des Vertrages. Gäbe England jetzt Abbas Pascha Recht, so müßte man ihm den Vorwurf einer Unkenntniß des Vertrages machen. (Der „Siecle“ will aber in Abbas Pascha keinen gewöhnlichen Pascha sehen, weil Mehmet Ali sich dem Vertrage nicht unterwarf und durch Waffengewalt der Allirten des Sultans dazu gezwungen werden mußte. Dadurch wurde er der Vortheile des Vertrages von 1840 verlustig. 1841 aber dennoch durch einen Firman unter den früheren Bedingungen mit der Erblichkeit belehnet. Dies geschah unter Mitwirkung der Allirten, unter ihrer Garantie, was ihnen also das Recht der Ueberwachung giebt. Darum wäre Abbas kein gewöhnlicher Pascha. Die Pforte muß den Fremden, die damals zur Ordnung der Verhältnisse berufen worden, jetzt eine Stimme geben und namentlich die durch die englische Bahn gefährdete Neutralitätsfrage der Landenge von Suez vor das Forum Europas bringen.)

Großbritannien.

London, 27. August. [Der König von Hannover zum Besuch erwartet. — Kossuth. — Die Sklaven-Republik Liberia. — Die Zustände Kuba's.] Das Fallen der Papiere hält an. — Der „Globe“ will wissen, daß der König von Hannover bald einen Besuch hier machen würde, und daß während seiner Abwesenheit der Kronprinz mit der Regierung betraut würde.

Nach Berichten aus Philadelphia hätte das amerikanische Gouvernement gegen die Zurücknahme der Concession der Nicaragua-Route förmlichen Einspruch eingelegt. Die Wahlen für den nächsten Kongreß sind entschieden für die demokratische Partei. Bis jetzt sind 71 Whigs und 100 Demokraten schon gewählt.

Das „Chronicle“ will von Wien aus wissen, das russische Kabinet hätte in einer scharfen Note die Pforte gewarnt, Kossuth nicht ohne Zustimmung Oesterreichs freilassen.

Die Königin hat heute ihre Reise nach Schottland angetreten.

Berichte aus der freien Sklaven-Republik Liberia sprechen sich günstig über die dortigen Zustände aus. Das Beispiel dieser freien Neger wirkte günstig auf die Nachbarn, die mehr und mehr vom Sklavenhandel sich entfernen. Das Territorium der Gallinas war von Liberia angekauft und dessen Bewohner fingen ebenfalls an, sich zu civilisiren. Bekanntlich befindet sich ein englischer Konsul in Liberia. Aus einem Berichte des Neger-Präsidenten, Roberts, geht hervor, daß der Fortschritt in Befestigung und Industrie rasch voranschreitet und daß man sich Mühe gebe, durch Ansiedelungen im Innern die Völkstämme dort mehr und mehr zu civilisiren und vom Sklavenhandel abzugeben.

In der „Times“ wird ein Privatschreiben eines jungen Engländers aus New-Orleans mitgetheilt, welcher sich als Premier-Lieutenant für eine neue Expedition gegen Kuba hat anwerben lassen. Er schreibt unter dem 28. Juli, daß er stündlich mit seiner Compagnie den Befehl erwarte, nach Kuba unter Segel zu gehen. Es heiße darin wörtlich: „Das amerikanische Gouvernement wird uns nicht thätlich daran hindern, den Schauplatz des Handelns zu erreichen und General Lopez treibt mit seinem Stabe die Dinge ohne Hinderniß thätig genug voran. ... Was unsern Sold anlangt, so sind die Bedingungen gut genug, wenn wir Erfolg haben; denn schlägt die Sache fehl, so ist wohl gleichgültig, wie sie lauten. Wir erhalten 90 Dollars den Monat und 10,000 Dollars Feder, wenn der Krieg zu Ende.“ (!?)

Die „Times“ widmet heute den Angelegenheiten auf Kuba ihre Aufmerksamkeit und ist damit einverstanden, daß die dortigen Zustände sehr ungewiß seien, und daß man sich bei der Lage der Dinge über den wahren Stand nicht genau unterrichten könne, obgleich sie die von den nordamerikanischen Journalen ausgesprengten Berichte über die Erfolge der Insurgenten für übertrieben hält. Eben so wenig glaubt sie, daß die Planzer auf Kuba irgend einem Unabhängigkeitskampfe gewogen wären, da sie einen Neger-Aufstand fürchteten und des Schutzes der spanischen Truppen für diesen Fall nicht entbehren könnten. Bei alledem räumt sie ein, daß das spanische Gouvernement auf Kuba ein schwaches sei und daß eine neue Invasion von Nord-Amerika aus zu befürchten stehe. Die Besatzung von Havanna soll nicht über 5000 Mann stark sein, und die Erfahrung hat gezeigt, wie schwer es ist, mit europäischen Truppen auf den westindischen Inseln selbst gegen die irregulären Truppen der Kreolenbevölkerung anzukämpfen. Das Klima wird nämlich den Spaniern mehr zusetzen, als alles Andere. Dazu ist es sehr fraglich, ob nach den Revolutionen und Wechselln, welche Spanien heimgesucht und gewiß auch auf das Heer Einfluß gehabt, auf die Treue der spanischen Truppen zu rechnen ist. So viel man nun von New-Orleans aus erfährt, sind zwei Dampfschiffe mit 1000 Mann unter General Lopez nach Kuba abgegangen. Ueberdies weiß man, daß 250 Mann aus der Umgegend der Savannah nach Kuba gegangen und eben so viel von Mobile, und man vermuthete, daß Letztere in der Bay von Nuevidas, an der Nordküste von Kuba, nicht weit von Puerte-Principe, landen würden. Bestätigen sich diese Nachrichten, wie kaum zu bezweifeln ist, so fängt die Sache auf Kuba erst an. Die „Times“ spricht sich in der energischsten Weise über die Fahrlässigkeit des amerikanischen Gouvernements aus, welches dies Treiben ungeahndet duldet, und obwohl es leghin ein Kriegs-Dampfschiff abgesandt, um an der Küste von Kuba zu kreuzen, hätte es wirksamere Maßregeln treffen müssen, um die Sache zu verhindern. Uebrigens bezweifelt die „Times“ nicht, daß diese neue Unternehmung gleich der früheren scheitern würde, es sei denn, daß die spanischen Truppen von ihrer Treue abfielen.

Schweiz.

Bern, 25. August. [Der Ständerath] genehmigte heute den Freizügigkeitsvertrag mit Oesterreich; dann wird den meisten Artikeln des Nationalrathes über den Verwaltungsbericht des Bundesrathes beigestimmt. Die Verschiebung des Zollgesetzes bis Dezember, welche Herr Curti vorschlug, beliebte nicht und es waltete dann wieder eine lange Diskussion über den Unterschiedszoll auf Eisen, in welcher die Herren Häberli, Rüttimann, Pestaluz und Curti den Ansat von 1 Fr. 50 Cent. vertheidigten, um ein Unterhandlungsmittel zu haben. Die Herren Jeanrenaud, Blösch und Stehelin sprachen dagegen für den Ansat von 75 Rp. Bei der Abstimmung durch Namensaufruf standen die Stimmen, wie im Nationalrath, gleich, 18 gegen 18, und der Präsident, Herr Wigg, entschied für den höhern Zoll. (K. Z.)

Provinzial-Beitrag.

§ Breslau, 31. Aug. [Militärisches.] Heute um 6 Uhr früh rückte das 1. Kürassier- und das 19. Infanterie-Regiment von hier aus, um sich in drei Tagen märschen nach dem Schauplatz des Manövers zu begeben. Beide Regimenter haben die Reservemannschaften zurückgelassen, welche in Abwesenheit der Garnison den Wachdienst mit versehen werden. — Das 6. Jäger-Bataillon und die vereinigten Artillerie-Abtheilungen werden erst am 6. September nach beendigten Schießübungen der letzteren Truppengattung von hier aufbrechen.

Bei den Reitübungen, welche das 1. Kürassier-Regiment in den letzten Tagen vor seinem Abmarsche auf der Viehweide anstellte, sind mehrere beklagenswerthe Unfälle vorgekommen, welche erhebliche Körperverletzungen zur Folge hatten.

*** Breslau, 1. September. [Promenade.] Unsere Promenade hat über Nacht eine eben so unverhoffte als geschmackvolle Verschönerung erhalten. In dem großen Rondel hinter dem Zwinger-Garten ist eine Nachbildung des Kalbischen „Schwans mit dem Rinbe“, welcher auf der londoner Industrie-Ausstellung so außerordentlichen Beifall gefunden hat, aufgestellt worden. Das Kunstwerk steht in dem südlichen Theile des Rondels, von hohen schattigen Bäumen umgeben und ruht auf einer belaubten Felsgruppe. Der (bronzierte) Zinkabguss ist von Geiß in Berlin ausgeführt worden. Der Knabe und der Schwan sind von trefflicher Arbeit, bis auf die etwas gezwungene Haltung des Schwanenhalses, welche aber durch die Bestimmung desselben vorgeschrieben ist. Das Kunstwerk wird nämlich als Fontäne dienen und der Wasserstrahl aus dem Schnabel des Schwans emporsteigen. Ist, wie wir hoffen, in

nächster Zeit das Wasserwerk erst im Gange, welches durch die Dampfmaschine der Weberbauerschen Brauerei betrieben werden soll, dann ist die friedlichste und schönste Partie unserer Promenade um eine herrliche Biede reicher.

Landeshut, 29. August. Wie wir vernehmen, wird Se. Maj. der König auf seiner Rückreise von Tschl auch den hiesigen Kreis berühren, und zwar am Sonnabend den 6. September gegen 2 Uhr Nachmittags in Liebau eintreffen, wo Höchstselbe die Pferde wechselt, in oder bei Landeshut wird der zweite Pferde-wechsel stattfinden und werden Se. Majestät dann auf der Straße über Schreibendorf nach Schmiedeberg weiter reisen. (Gebirgsbl.)

*** Grottkau, 30. August.** [Unglücksfälle.] Am 10. Juli erschlug der 8 Jahre alte Sohn des Einlegers Tusch zu Giersdorf das in einer Wiege schlafende Kind des Tagelohners Mann daselbst. — Am 31. Juli ertrank im Reismühlgraben der 6 Jahre alte Sohn des Tagelohners Klein zu Dittmachau. — Am 8. Juli verfiel die Einlegerin Johanna Rose zu Lindenau beim Sandladen in eine Grube. Am 2. August erkrankte das 2 Jahre alte Kind des Kutschers Mezger zu Mogwitz. — Am 11. Juli brannten in Klobebach ein Bauergut, am 14. Juli in Karlowitz 2 Gärtnerstellen, am 30. Juli in Königswalde eine Scheuer und am 14. August ein Theil der Stallung auf dem Dominium Koppitz ab. — Am 22. Juli schlug der Blitz während eines Gewitters in das Wohnhaus des Gärtners Elguth zu Nicklasdorf, zündete und legte dasselbe nebst der Scheuer in Asche.

*** Ohlau, 30. August.** [Erweiterung des Schulsystems. — Fabrikwesen.] Wie wir bereits früher mitgeteilt, ist die Frage wegen Einrichtung einer höhern Bürgerschule am hiesigen Orte zu einer definitiven Entscheidung gelangt. Die Motive, welche der Magistrat für diesen Plan, dessen Ausführung allerdings mit mancherlei Schwierigkeiten und Opfern verbunden ist, angiebt, sind in der Hauptsache folgende. Zunächst wird es als Nothwendigkeit hingestellt, daß eine Stadt von mehr als 6000 Einwohnern, unter denen über 1000 schulpflichtige Kinder von 13 Elementarlehrern unterrichtet werden, auf einen höhern Standpunkt der Schulbildung gebracht werden müsse. Die Wissenschaft im Allgemeinen, das Industrie-, Handels-, Fabrik-, Gewerbe-, Landeskultur-Wesen und viele andere Zweige menschlicher Thätigkeit seien mit der Zeit fortgeschritten; diese habe daher die Aufgabe, Männer heranzubilden, welche geeignet sind, als produzierende Kräfte dabei verwendet zu werden. Die gewöhnlichen Volksschulen, wenn sie auch seit Decennien sich vervollkommenet, seien außer Stande, diesen Grad der wissenschaftlichen Ausbildung zu schaffen. Von diesen Gesichtspunkten geleitet, konnte die Entscheidung der vorliegenden Frage nur günstig ausfallen. So weit sich die Sache schon jetzt übersehen läßt, wird die Anstalt unter folgenden Hauptformen ins Leben treten. Es wird ein Unter-Gymnasium (oder mittlere Bürgerschule) eingerichtet, d. h. eine Anstalt, welche über den elementaren Vorbereitungsclassen drei, den Klassen der Sexta, Quinta und Quarta der Gymnasien oder sechsklassigen Realschulen entsprechende Realklassen in sich schließt. Außerhalb dieser Anstalt bleibt die katholische Elementarschule als solche fortbestehen, und werden aus dieser diejenigen Kinder, welche eine höhere Bildung genießen sollen, in den Realklassen weiter gebildet. Die Knaben der evangelischen Elementarschule werden in der Bürgerschule (oder Unter-Gymnasium) in sechs übereinander geordneten Klassen unterrichtet, von denen die drei unteren Elementar-, die drei oberen dagegen Realklassen bilden. Die Mädchen der evangelischen Elementarschule endlich werden gegenwärtig in drei Klassen zu einer Töchterchule vereinigt, welche später nach Bedürfnis erweitert werden soll. Dieser Plan wird nächstens der zu vorliegendem Zweck besonders gewählten Kommission zur Prüfung und weitem Beschlußnahme vorgelegt werden. — Das jetzige Ministerium für die innern Angelegenheiten giebt ein sichtbares Streben für die sittliche Volksbildung zu erkennen. Mehrfache Reskripte enthalten ausführliche Bestimmungen über die Haltung der Sonntagsfeier, über die Beschränkung des amtlichen und Gewerbe-Verkehrs außerhalb der Werktage u. s. w. Eine neuere Verfügung richtet ebenso ihre Aufmerksamkeit auf das Fabrikwesen und die in den Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter. Das Regulativ vom 9. März 1839 enthält über diesen Gegenstand, dessen Wichtigkeit in Betreff der Jugendzucht wir anerkennen müssen, bereits ausführliche Bestimmungen, und das königl. Ministerium verlangt jetzt über die Ausführung derselben allseitig Auskunft. Da Ohlau zu den Fabrikstädten gehört, theile ich einige statistische Notizen mit. In den 23 Fabriken (ausschließlich Tabak- und Cigarren-Fabriken) werden gegenwärtig 228 Arbeiter beschäftigt. Von diesen stehen 21 in dem Alter von 9—16 Jahren (darunter 3 schulpflichtige Kinder), 63 von 16—20, die übrigen 144 sind über 20 Jahre. Nur fünf von den sämtlichen Arbeitern wohnen in den Fabriken selbst. Als tägliche Arbeitsdauer können durchschnittlich 11—12 Stunden angenommen werden. In Bezug auf die Lebensweise, den Gesundheitszustand in den Fabriken, auskömmlichen Erwerb Seitens der Fabrikarbeiter u. haben sich überall die Zustände von der Art herausgestellt, daß im Wesentlichen keine Veranlassung vorlag, irgend abändernde Bestimmungen zu treffen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Düsseldorf, 28. August. [Erfindung.] Die bereits vor einiger Zeit in dem Elberfelder Kreisblatt gemeldete Erfindung, welche für Deutschland und vorzüglich für Schlesien und Westfalen von unendlicher Wichtigkeit ist, und worauf Chevalier Clausen in Washington ein Patent genommen hat, wird bestätigt durch folgende Mittheilung über die Londoner Industrie-Ausstellung in Nr. 206 des Düsseldorf'schen Journals:

„Nächst wurde auch noch eine belangreiche Beisteuer durch den Chevalier Clausen eingeleitet. Sie besteht aus vier Stückchen Zeug, welche auf verschiedene Art fabrizirt sind. Zwei Stücke bestehen ganz wie aus Baumwolle zubereitetem Flachs, die beiden andern bestehen aus einer Mischung von Flachsbaumwolle und wirklicher Baumwolle. — Das Garn dazu wurde auf der gewöhnlichen Baumwollspinnmaschine gesponnen. Das Zeug, sagt ein englisches Blatt, ist von merkwürdig guter Qualität, und verglichen mit Galles von demselben Nummern garn gewebt, unstreitbar von bedeutend größerer Haltbarkeit.“

Es würde sehr wünschenswerth sein, wenn das königliche Ministerium für Handel und Gewerbe diese Angelegenheit in die Hand nehmen, die Angaben untersuchen, und im Falle der Bestätigung die Erfindung für Preußen gewinnen wollte.

Die Erfindung besteht nämlich darin, gewöhnlichen Flachs so zu bereiten, daß er wie Wolle oder Baumwolle bearbeitet, und selbst mit diesen Stoffen verarbeitet werden kann. Die aus

diesem Präparat gewebten Stoffe sollen wollene ganz ersetzen und bei weitem billiger als diese, ja fast so billig wie Baumwollzeuge sein.

Wenn die Erfindung sich bestätigt, so würde den inländischen Spinnereien ein weites Feld eröffnet, worauf sie unter dem angemessenen Schutze eines Gesetzes noch glänzendere Resultate herbeiführen würden, als wie die Kunstseiden-Zucker-Fabrikation errungen hat. Zugleich würde das Mittel geboten, durch Verbesserung der Flachskultur den von dem Typhus so hart angegriffenen schlesischen Provinzen aufzuhelfen. (Ebf. 3.)

Mannigfaltiges.

— In Bezug auf die Fröbelschen Kindergärten dürfte die Notiz nicht ohne Interesse sein, daß auch die Söhne der Herzogin von Orleans während ihres Aufenthalts in Eisenach nach Fröbelschen Grundsätzen erzogen worden sind.

— (London, 27. August.) Gestern wurde von der Polizei ein großes Etablissement entdeckt, in welchem aus bereits gebrauchten Theeblättern frische Waare täuschend hergestellt wird. Die Apparate dazu sollen zum Theil sehr sinnreich sein, und wie es heißt, wurde mit diesem abgekochten Thee ein bedeutender Handel mit den deutschen Nordseehäfen getrieben. — Der Amerikaner Hobbs hat das unausschließbare Schloß seines englischen Kollegen, des Schlossers Brahmae geöffnet. Bekanntlich waren 200 Pf. St. als Preis gesetzt.

— Auf der South-Western-Eisenbahn schloß kürzlich der Lokomotivführer und der Feuermann auf ihren Posten ein, während der Zug im besten Gange war. Der Feuermann fiel dabei herunter und brach beide Beine. Der Lokomotivführer aber mußte geweckt werden, als die Maschine stehen geblieben, weil das Feuer und somit der Dampf ausgegangen war.

— Aus Friedrichshafen vom 26. August berichtet man über einen heftigen Gewittersturm auf dem Bodensee. Ein Rachen, der zu dem Eisenbahnstamm, welcher bei Lindau durch den See gebaut wird, Steine führte, schlug um; von den 13 Personen, die auf demselben sich befanden, sind fünf ertrunken.

— (Madrid.) Aus S. Sebastian wird eine entsetzliche Mordthat berichtet. Auf einem Balle im Theater befand sich auch eine junge Dame, die Sennorita Maria Brunet, die Älteste Tochter eines der bedeutendsten Kaufleute daselbst. Während sie in einer Polka tanzte, erhielt sie einen Dolchstoß von hinten, der mit solcher Gewalt geführt wurde, daß er das Herz traf, so daß die Unglückliche augenblicklich, ohne einen Laut von sich zu geben, todt niederfiel. Alle Rettungsversuche waren vergebens. Der Gemahl der Dame befindet sich gegenwärtig in London. Der Mörder ist ein Ingenieur-Offizier, Namens Vito. Er hatte den Dolch erst am Tage zuvor gekauft.

[2062] Bei ihrem Umzuge nach Berlin sagen Verwandten und Freunden Lebewohl:
J. Bernhold Jun. und Frau.
Breslau, den 1. September 1851.

[527] **Bekanntmachung.**
Die Veräußerung der **Rüstmaterialien** auf dem Bauplatz des hiesigen Stadtgerichts-Neubaus wird **Dienstag, den 2. September**, Morgens 7 Uhr fortgesetzt und werden an diesem Termine auch die **Rüstbäume** und der **Bauzaun** vor dem Stadtgericht und ein daran gebauter hölzerner Schuppen zur Versteigerung kommen.
Breslau, den 29. August 1851.
Königliche Bau-Verwaltung.

[325] **Ediktal-Citation.**
Auf dem zu Fiehe nebelegen, im Hypothekenbuche der Stadt Fiehe sub Nr. 127 verzeichneten, dem Kaufmann Isaac Perig von hier zugehörig gewesenen Grundstücke stehen **Rubr. III. Nr. 1** aus der gerichtlichen Urkunde vom 7. Februar 1804 für die verwittwete Penn, geborene Theuerkauf, 100 Rthl. eingetragen und ist diese Post nebst 20 Rthl. 23 Sgr. Zinsen in Folge der stattgehabten Subhastation bei uns eingezahlt.
Der Aufenthalt der Gläubigerin, Wittve Penn, geb. Theuerkauf, ist unbekannt und das über besagte Forderung lautende Dokument nicht vorhanden.
Es werden daher alle Diejenigen, welche an die oben genannte Forderung und das darüber vorhandene Dokument als Eigenthümer, Cessionar, Pfand- oder sonstige Brief-Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, aufgefordert, solche binnen 3 Monaten geltend zu machen, oder aber spätestens in dem auf
den 3. Oktober 1851,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Herrn Kreisrichter Wollheim an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine anzukommen, widrigenfalls sie damit werden präjudicirt und ihnen ewiges Stillschweigen wird auferlegt werden.
Fiehe, den 20. April 1851.
Königl. Kreis-Gerichts-Kommission II.

[947] **Gesuch.**

Ein routinirter kausionsfähiger Kaufmann, christlicher Konfession, 30 Jahr alt, von gefälligem Aussehen, der polnischen Sprache mächtig, im Produktengeschäft besonders bewandt, sucht eine Anstellung als Buchhalter, Rentant, Mühlenverwalter oder Aufsichtsbeamte. Offerten werden unter P. K. poste restante Breslau erbeten.

[1922] Ein in jedem Zweige der Landwirthschaft routinirter Oberbeamter, unverheirathet, der polnischen Sprache kundig, der im Besitze der besten Zeugnisse über seine dienstliche Brauchbarkeit ist, sucht eine möglichst selbstständige dauernde Stellung auf einem ausgedehnten Landbesitz. — Hierauf bezügliche Adressen werden unter Chiffre T. W. poste restante Breslau und Berlin, franco erbeten.

[1933] Eine Wohnung im Hofe, aus zwei Stuben, Alkove, Küche und Zubehör bestehend, ist zu Michaelis d. J. zu beziehen: Karlstr. 36.

[957] **Fremdenliste von Zettlitz Hotel.**
Gutsbes. Graf Göben aus Scharnebeck. Lehrer Knur aus Troppau. Gutsbeamter Reschort aus Schlau. Student Knur und Herr v. Hochmeister aus Wien. Kaufm. Pöckel, Madame Vilain und geb. Rath v. Weuth aus Berlin. Baron v. Zedlitz aus Oberschlesien. Herr Rau aus Mainz. Frau v. Müller aus Freiwaldau.

Markt-Preise.

Breslau am 1. September 1851.

	sehr feine, mit.	ordn. Waare	
Weißer Weizen	56	54	52 51 Sgr.
Gelber dito	54	52	51 48
Roggen	44	42	40 38
Gerste	29	28	27 26
Hafer	22	21	20 20
Kaps	74	72	69 65
Sommer-Rüben	57	55	53 51
Spiritus	7 1/2	Rthl. bez. und Gld.	

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 30 August Das Geschäft war sehr gering und die Course behaupteten sich auf ihrem gestrigen Stande, nur rheinische Aktien waren niedriger, da die Juli-Mehr-Einnahme nicht, wie früher verbreitet, 45,000 Rthl., sondern nur 24,000 Rthl. beträgt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3 1/2 % 108 1/2 bez., Priorität 4 1/2 % 104 1/2 bez. und Br. Priorität 5 % 105 bez. und Br. Krakrau-Ober-Schlesische 4 % 83 Br., Priorität 5 % 87 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 37 1/2 a % bez., Priorität 5 % 100 1/2 bez. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2 % 93 1/2 Br. 1/4 Gld., Priorität 4 % 98 1/2 bez. und Gld., 4 1/2 % 102 1/2 bez. Priorität 5 % 103 Gld., Priorität Serie III. 5 % 104 bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 3 Br. Ober-Schlesische Litt. A. 3 1/2 % 135 bez., Litt. B. 3 1/2 % 122 1/2 Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106 1/2 Br. Staats-Anleihe 1850 4 1/2 % 104 Br. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2 % 89 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 123 Br. Posener Pfandbriefe 4 % 103 Gld., 3 1/2 % 93 1/2 Gld. Preussische Bank-Antheil-Scheine 100 1/2 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 95 Gld., 4 % 95 Gld. Polnische Partial-Obligationen a 500 Fl. 4 % 84 1/2 Br., a 300 Fl. 143 1/2 Br.

Wien, 30. August. Trotz der ungünstigeren auswärtigen Notierungen waren Fonds fester, Valuten matter, im Ganzen jedoch wenig Veränderung, nur Nordbahnaktien anfangs bis 151 1/2 gedrückt, hoben sich bei regsamem Geschäft zur Notiz und schließen beliebt. Komptanten und Wechsel anfangs höher, bleiben angeboten.

5 % Metalliques 96 1/2, 4 1/2 % 84; Nordbahn 152; Coupons 1 1/2 %; Hamburg 2 Monat 177 1/2; London 3 Monat, 11. 50; Silber 20 1/4.